



Postulat Muff Sara und Mit. über Finanzierung der Klimapolitik des Kantons Luzern trotz Nein zum CO₂-Gesetz

eröffnet am 21. Juni 2021

Die Regierung wird beauftragt, die Finanzierung des Klima- und Energieberichtes des Kantons Luzern dahingehend anzupassen, dass Beträge, welche durch Gelder des revidierten CO₂-Gesetzes hätten finanziert werden sollen, nun subsidiär vom Kanton selbst getragen werden.

Begründung:

Der Vernehmlassungsbericht Klima- und Energiepolitik beinhaltet 123 Massnahmen, davon sind 22 bereits bestehende und 101 neue Massnahmen (39 zur Klimaadaptation, 84 zum Klimaschutz). Die Finanzierung dieser Massnahmen des Klima- und Energieberichtes des Kantons wurde teilweise abhängig gemacht vom revidierten CO₂-Gesetz, welches am 13. Juni 2021 jedoch knapp abgelehnt wurde.

Der Kanton Luzern ist nach wie vor verpflichtet, die Bestimmungen zum Schutz des Klimas und zur Klimaadaptation einzuhalten und die Klimaziele zu erreichen. Im Vernehmlassungsbericht Klima- und Energiepolitik sind einmalige Investitionen in der Höhe von 32 Millionen und jährlich wiederkehrende Mehrausgaben von 37 Millionen Franken angedacht. Es werden aber noch mehr Mittel notwendig sein, um die Klimaziele effektiv zu erreichen. Bedingt durch das Nein zum CO₂-Gesetz fehlen nun jedoch schon für den ersten Umsetzungsschritt die zusätzlichen finanziellen Ressourcen vom Bund. Weil diese jedoch in der Vernehmlassungsversion des Klima- und Energieberichtes in die Finanzierung miteinbezogen wurden, soll der Kanton die Finanzierung selbst übernehmen, sofern der Bund die Lücken nicht anderweitig ab 2022 mit Finanzmitteln füllt.

Muff Sara

Lehmann Meta
Candan Hasan
Schwegler-Thürig Isabella
Setz Isenegger Melanie
Kurer Gabriela
Fässler Peter
Meier Anja
Budmiger Marcel
Schneider Andy
Roth David
Sager Urban
Stutz Hans
Schuler Josef
Engler Pia
Ledergerber Michael
Zbinden Samuel
Koch Hannes
Galliker-Tönz Gertrud

Heeb Jonas
Estermann Rahel
Howald Simon